Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 51	S0071/07	28.03.2007

zum/zur

A0022/07

Bezeichnung

Aktionsplan gegen Rechtsextremismus

Verteiler	Tag
Der Oberbürgermeister	03.04.2007
Jugendhilfeausschuss	19.04.2007
Verwaltungsausschuss	27.04.2007
Stadtrat	10.05.2007

Das Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ ist im präventiv-pädagogischen Bereich angesiedelt, dient der Bewusstseinsbildung und ist auf langfristige Wirkungseffekte ausgerichtet. Die Verwaltung des Jugendamtes nimmt zu den beiden Fragestellungen wie folgt Stellung:

Zu Pkt.: 1

In der Interessenbekundung zum Lokalen Aktionsplan wurde im Punkt 7 im Rahmen der Zielgruppenbestimmung die Arbeit mit in rechter Orientierung verankerten Jugendlichen bereits als notwendig herausgearbeitet. Eine alleinige Favorisierung dieser Zielgruppe erscheint der Verwaltung des Jugendamtes nicht ausreichend. Die Fortbildung von Multiplikatoren/- innen für die Arbeit mit der genannten Zielgruppe sollte den gleichen Stellenwert bei der Prioritätensetzung einnehmen. Um eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen, sollten die Multiplikatoren/- innen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen kommen. Dieses sind haupt- und ehrenamtliche Akteure der offenen Jugendarbeit, Sozialarbeit, Schule, Sport, Eltern, Polizei und Kommune.

Zu Pkt.: 2

Derzeit geht die Verwaltung davon aus, dass 2007 mindestens 13.000,00 EUR und ab 2008 jährlich mindestens 20.000,00 EUR an finanziellen Mitteln im Rahmen der im UA 1.45200 - Jugendsozialarbeit/ Kinder- und Jugendschutz – eingeplanten Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Wenn die Landeshauptstadt in das Programm aufgenommen wird, sind diese Mittel für die Kofinanzierung der Koordinierungsstelle notwendig, sofern diese durch einen freien Träger realisiert wird. Diese Summe soll auch dann bereit gestellt werden, wenn die Stadt keine Förderung aus dem Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ erhält, da somit zumindest ein Teil der Projekte des Lokalen Aktionsplanes umgesetzt werden kann. Über grundsätzliche Prioritätensetzungen bei der Verteilung der finanziellen Mittel in den Leistungsbereichen Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Kinder- und Jugendschutz entscheidet der Jugendhilfeausschuss.

Bröcker